Bericht über die Entwicklung in Polen

August 1959

Seite:

A. Innere Entwicklung 1

I) Politische Ereignisse 1

1) Innere Stabilisierung und außenpolitische Aktivität Polens 1

2) NIXONs Besuch in Warschau 3

3) Auschnitt aus den polnisch-amerikanischen Unterhaltungen 7

4) Interparlamentarische Union und die deutsche Delegation 9

5) Ansprache RAPACKIs vor den Parlamentariern 11

6) Vor neuer Säuberung in der Partei? 13

II) Wirtschaft 14

1) Landwirtschaftliche Zirkel 14

2) Hauptrichtungen der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1960 15

3) Probleme des polnischen Exports 16

III) Soziale und kulturelle Probleme 18

1) Fehlschläge in der Volksbildungspolitik 18

2) Kindersegen wird nicht mehr als Segen empfunden 19

- - - - - - - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

1) Innere Stabilisierung und außenpolitische Aktivität Polens

Vor den versammelten Parlamentariern aus allen Ländern der Welt, die zur Konferenz der Interparlamentarischen Union Ende August in Warschau eingetroffen waren, sprach der polnische Außenminister RAPACKI:

"Als sozialistisches Land und Mitglied der sozialistischen Gemeinschaft vermag Polen, ... bei einer Entspannung in den internationalen Beziehungen der konstruktiven Koexistenz und der Sicherung eines dauerhaften Friedens eine positive Rolle zu spielen."

Mit diesen Worten stellte der polnische Minister eine Tatsache fest, die seit über zwei Jahren von den Politikern und politisch interessierten Menschen in vielen Ländern beobachtet wird: Die wachsende Aktivität Polens auf diplomatischem und außenpolitischem Gebiet.

Wer wußte schon vor drei Jahren, wie der polnische Außenminister hieß? Wer kann auch heute auf Anhieb sagen, wer Außenminister in solchen Länder wie der CSR, Ungarn oder Rumänien ist? Solange Polen auf außenpolitischem Gebiet keine Rolle spielte und überhaupt nicht auftrat, bestand auch kein Interesse für die Namen der verantwortlichen Politiker dieses Landes. Das gilt auch heute noch für die meisten europäischen Satelliten der UdSSR.

Zwei von polnischer Seite unternommene Initiativen haben eine weltweite Publizität erreicht: Der "Rapacki-Plan" und der Plan der Verwandlung der Ostsee in ein "Friedensmeer", wie GOMULKA es ausdrückte. Aber neben diesen Initiativen unternimmt das polnische Außenministerium zahlreiche politische und diplomatische Aktionen kleineren Stils und unterhält zahlreiche Kontakte mit westlichen Politikern und Diplomaten.
Die polnische Aktivität auf außenpolitischem Gebiet fällt meistens zeitlich zusammen mit den großangelegten internationalen Plänen der Sowjets. Warschau spielt dabei eine selbständige Rolle, auch wenn es seine Schachzüge mit Moskau koordinieren muß. Das bedeutet aber nicht, daß Polen keine selbständige Initiative ergreifen darf. Zweifelsohne war der Rapacki-Plan eine solche polnische Initiative, die allerdings vorher, bevor sie gestartet wurde, ein russisches "placet" bekommen hatte.

Zu STALINs Zeiten gab es im Ostblock nur eine sowjetische Außenpolitik. Satelliten durften nur allem, was Moskau unternahm, zustimmen. CHRUSCHTSCHOW, der kein Prinzipienmensch ist, sondern praktisch denkt, erlaubt den Polen,

Initiativen zu unternehmen, die ihren nationalen Interessen entsprechen, sofern er aus solch einem Unternehmen auch für sich Profit errechnen kann. Das stalinistische Dogma, das in der Außenpolitik des Ostblocks nur die Interessen der Sowjetunion berücksichtigt werden dürfen, besitzt heute nicht mehr uneingeschränkt Gültigkeit. Die außenpolitische Regsamkeit wird von CHRUSCHTSCHOW nicht nur geduldet, sondern direkt angeregt. Warum das so ist, verriet der Stellvertreter RAPACKIs, Vizeminister Jozef WINIEWICZ, in einem Artikel, der am 1. September in dem Warschauer Blatt "Zycie Warszawy" erschien. Dort schreibt er:

> "Polen hat seine eigenen, spezifischen Möglichkeiten - unabhängig von den bestehenden Gesellschaftssystemen -, bei der Festigung der friedlichen Koexistenz schöpferisch mitzuwirken. Es gibt Pfade und Wege, auf denen Polen bei der Pflege der traditionellen Kontakte mit bestimmen Ländern sich leichter bewegen kann als andere. An diese Traditionen können wir anknüpfen, diealten Bande verstärken, ihnen einen neuen Inhalt geben, siezu konstruktiver Entwicklung der friedlichen, internationalen Zusammenarbeit - ausnutzen."

Das offenherzige und etwas naiv wirkende Eingeständnis des polnischen Politikers umreißt die polnischen Möglichkeiten. Das Interesse, das man in allen Ländern dem polnischen Oktoberexperiment schenkte, die Sympathie, mit der man im Westen die polnischen Bestrebungen, sich von der sowjetischen Bevormundung zu befreien, verfolgte, bildet ein großes politisches Kapital, das auch der Realist CHRUSCHTSCHOW einzusehen vermag. Statt darüber zu grollen, beschloß er, diese Tatsache geschickt für sich auszunutzen. So kommt es, daß sich bei den polnischen außenpolitischen Aktionen und Initiativen verschiedene Elemente vermischen. Damit ist nicht gesagt, daß jede außenpolitische Initiative Warschaus als ein Instrument der sowjetischen Politik betrachtet werden müsse.

Die Sonderstellung Polens unter den volksdemokratischen Ländern erstreckt sich heute also auch auf das außenpolitische Gebiet. CHRUSCHTSCHOW konnte Warschau diese Rolle zugestehen, nicht nur, weil er auch seinen Nutzen darin erblickte, sondern auch deswegen, weil die innenpolitische Situation in Polen einen Grad der Stabilisierung erreicht hat, die für dieSowjets einen Sicherheitsfaktor bedeutet.

Was heute vom "Polnischen Oktober" übrig geblieben ist, erscheint CHRUSCHTSCHOW akzeptabel. Unter Anwendung von direktem Druck und durch geschickte Überredung erkämpfte CHRUSCHTSCHOW bei GOMULKA eine Reihe von

Konzessionen. Sein Hauptargument war immer, daß Polen auf dem Gebiet der demokratischen Freiheiten anderen Ostblockländern zu weit vorausgeeilt sei, daß dieser Zustand das Zusammenhalten der sozialistischen Länder erschwere, weil das Beispiel Polens für andere Volksdemokratien ansteckend wirke. Nach Meinung CHRUSCHTSCHOWs sind aber die meisten dieser Länder für dieses Maß der Freiheiten noch nicht "reif" genug.

Bekanntlich sind diese Freiheiten, die CHRUSCHTSCHOW so gefährlich erschienen, in Polen zu einem Teil beschnitten worden. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Kremlboß auf weitere Einschränkungen in Polen verzichtet hat, daß also eine weitere Abkehr vom "Oktober" nicht mehr zu erwarten ist. Die Lage in Polen ist stabilisiert, GOMULKA erwies sich als ein loyaler und zuverlässiger "Kampfgefährte", dem man auch - ohne Bedenken - delikatere außenpolitische Missionen überlassen kann.

2) NIXONs Besuch in Warschau

Die faszinierende Willenskundgebung der Warschauer Bevölkerung beim Besuche des amerikanischen Vizepräsidenten beschäftigte eine Zeit lang dieWeltöffentlichkeit. Die Warschauer traten damals stellvertretend für ganz Polen auf, ja man könnte sagen, für alle europäischen Satelliten der UdSSR, denen man nach dem Kriege nicht erlaubt hat, sich für die Freiheit zu entscheiden und für die Freiheit zu leben. Nur durch uneingeschränkte Sympathieäußerungen für den Vertreter einer großen westlichen Demokratie konnten die Polen der ganzen Welt zeigen, wo ihr Platz sein würde, wenn sie frei zu entscheiden hätten.

Das Ausmaß dieser Demonstration war die größte Überraschung für die amerikanischen Gäste. Die Regierung in Warschau konnte sich vielleicht nur um eine kleine Schattierung geirrt haben, im allgemeinen wußte sie aber genau, was bevorstand. Man muß es den Regierenden in Polen zugestehen, daß sie nichts unternommen haben, um die Bevölkerung an ihrer Sympathieäußerung zu hindern. Zum Teil haben sie das Verhalten der Einwohner Warschaus in ihre politischen Pläne einkalkuliert. Warschau war wirklich viel daran gelegen, den amerikanischen Gast gut zu empfangen. Was für Erwartungen die Polen mit diesem Besuch verbunden haben, kann man ziemlich deutlich aus dem Artikel ersehen, der am Tage der Ankunft NIXONs in Warschau in der amtlichen "Trybuna Ludu" (2. August veröffentlicht wurde:

"Heute trifft der Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Herr Richard Nixon, zu einem Besuch bei uns ein. Die polnische Bevölkerung

begrüßt mit Genugtuung die Ankunft eines so hervorragenden Vertreters der amerikanischen Regierung in unserem Lande. Wir erblicken in diesem Besuch eine Geste der Freundschaft gegenüber Volkspolen wie auch ein Anzeichen des realistischen Herangehens an das außerordentlich bedeutsame und weit umfassendere Problem des friedlichen Zusammenlebens und der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker, ungeachtet ihrer Gesellschaftsordnung.
Die Volksrepublik Polen und die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Das polnische Volk schreitet seit 15 Jahren auf dem Wege der sozialistischen Entwicklung - das amerikanische Volk geht weiterhin den kapitalistischen Weg. Erst der Sozialismus hat Polen aus dem Verfall emporgehoben und die schöpferischen Kräfte des polnischen Volkes zur Blüte gebracht.

Der Besuch des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Nixon, in unserem Lande, sein direkter Kontakt mit der Bevölkerung und seine Gespräche mit Vertretern und Führern unseres Staates werden ihm die Möglichkeit geben, sich von den freundschaftlichen Gefühlen des polnischen Volkes gegenüber dem amerikanischen Volk, von dem ehrlichen Willen Volkspolens zur Zusammenarbeit mit den USA, die beiden Ländern und dem Frieden dient, zu überzeugen.
Der Besuch, den Herr Nixon unserem Lande abstattet, sollte zu einem besseren Verstehen der Haltung unserer Regierung und unseres Volkes durch die USA in den Dingen beitragen, die für die Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt von wesentlichster Bedeutung sind. Es geht hierbei vor allem um die Lösung des deutschen Problems in Übereinstimmung mit den Interessen des Friedens und mit den lebenswichtigsten Interessen Polens.
Der deutsche Militarismus hat Polen und die europäische Sicherheit schon seit jeher bedroht. Durch seine jetzige Wiedererstehung mit Unterstützun der Westmächte stellt er abermals eine bedeutende Gefahr für den Frieden dar. Immer lauter werden in der deutschen Bundesrepublik die aggressiven Stimmen der Revanchisten und Revisionisten, die sich gegen unsere Westgrenze richten. Zweifellos werten sie die Haltung jener Westmächte, die es vermeiden, sich zu dieser Frage zu äußern, als Ermunterung. Es erübrigt sich wohl, den Nachweis anzutreten, daß die den westdeutschen Militaristen gewährte Unterstützung jene Kreise, die von neuen Eroberungen träumen, ermutigt.

Wir begrüßen in unserem Lande mit echt polnischer Gastfreundschaft den Vertreter des großen amerikanischen Volkes, dessen Anteil an der Zer-

schmetterung des faschistischen Imperialismus bedeutend war und das für die Normalisierung der Beziehungen in der Welt im Geiste des Zusammenlebens und der friedlichen Zusammenarbeit eine so große Verantwortung trägt. Mit Genugtuung verfolgen wir den fortschreitenden Prozeß der Normalisierung der polnisch-amerikanischen Beziehungen, wofür die sich von Jahr zu Jahr erweiternde ökonomische Zusammenarbeit und der kulturell-wissenschaftliche Austausch wie auch die positiven Entscheidungen, so etwa die Einrichtung neuer Konsulate in Polen und in den USA, Beweise sind.

Wir glauben, daß der Aufenthalt Vizepräsident NIXONs in unserem Lande zur weiteren Vertiefung der polnisch amerikanischen Beziehungen und zum besseren Verstehen unserer Haltung und unserer Rolle im heutigen Europa beitragen wird. Wir begrüßen aufrichtig und herzlich unseren hohen amerikanischen Gast. Zweifelsohne wird er sich von den aufrichtigen Gefühlen der Sympathie überzeugen können, die das polnische Volk dem amerikanischen Volk entgegenbringt, dem wir anläßlich dieses Besuches wärmste Grüße übermitteln."

Der Höhepunkt des kurzen Besuches NIXONs in Warschau war eine fünfstündige Unterredung, die er mit den führemden polnischen Politikern GOMULKA, CYRANKIEWICZ und RAPACKI hatte. Sehr suggestiv stellten die polnischen Gesprächspartner ihrem amerikanischen Gast das unerhörte Ausmaß der Verluste und Schäden, die Polen im letzten Krieg erlitten hat, dar. GOMULKA sprach auch sehr eindringlich über die "Besorgnis um die Entwicklung in der Bundesrepublik". Auf polnischer Seite verzeichnete man mit Genugtuung, den amerikanischen Besuch beeindruckt zu haben, obwohl in den polnischen Äußerungen vieles den propagandistischen Formulierungen Moskaus ähnlich klang.

Politische Zusagen konnten die Gastgeber von NIXON schon allein aus dem Grunde nicht erwarten, weil keine offiziellen Verhandlungen geführt wurden. Aber eine psychologische Wirkung des Besuches konnte nicht ausbleiben. Der Besuch verlief in der Atmosphäre des überwältigenden Empfanges, der den amerikanischen Gästen überall, wo sie sich zeigten, von der Bevölkerung bereitet wurde. Auch von offizieller Seite hat man mehr als offizielle Freundlichkeit gezeigt.

Das offizielle Warschau hatte keinen Grund, sich nach dem Besuch unzufrieden zu zeigen. Allerdings galt es, ein mögliches Mißtrauen Moskaus über den zu herzlichen Empfang der Gäste durch die Bevölkerung zu zerstreuen.

Dem dienten zahlreiche Äußerungen der polnischen Politiker während des Besuches, in denen man deutlich betont hat, in welchem Lager Polen steht. Dem gleichen Zweck dienten auch zahlreiche Presseartikel, die nach der Abreise NIXONs in den polnischen Blättern erschienen. So lesen wir am 6. August in "Trybuna Ludu":

"Wie den Gesprächen mit Mitgliedern der amerikanischen Delegation zu entnehmen ist, verstehen sie jetzt besser als bisher unser unbeugsames Streben nach Entspannung in der Welt, nach Festigung des Friedens. Sie verstehen nunmehr besser als bisher unsere Besorgnis über die Wiedergeburt der aggressiven Kräfte des deutschen Militarismus. Wir leben in einem Zeitalter, in dem viel Zeit und Geduld aufgebracht werden müssen, um Mißverständnisse und Mißtrauen zwischen Staaten mit unterschiedlichen politischen Gesellschaftsordnungen aus der Welt zu räumen. Wesentlich und neu ist jedoch der Umstand, daß beide Seiten trotz der Unterschiede an einem Tisch Platz nehmen und ein offenes Gespräch pflegen."

In der "Trybuna Ludu" heißt es weiter:

"Einige westliche Blätter und Sender versuchten auch bei dieser Gelegenheit nach altem und nun schon abgedroschenem Brauch, zwischen uns und die UdSSR einen Keil zu treiben. Als stünden unsere guten Beziehungen zu dem großen Lande jenseits des Atlantik in irgendeinem Gegensatz zu der uns mit dem Sowjetland verbindenden aufrichtigen und brüderlichen Freundschaft, als sähen die Grundsätze der Außenpolitik der sozialistischen Länder nicht eine Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern im Geiste der friedlichen Koexistenz vor! Die Ideengemeinschaft und die enge politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit Polens mit den sozialistischen Ländern haben die Stellung Polens in der Welt gewandelt und gefestigt und Voraussetzungen geschaffen, die es gestatten, die Beziehungen zwischen Polen und den kapitalistischen Mächten nach gesunden Prinzipien zu gestalten. Die polnische Bevölkerung sieht und versteht diese neue Rolle Polens in Europa und in der Welt und darum hat sie auch in völliger Übereinstimmung mit ihrer Regierung den Repräsentanten der USA in den Straßen Warschaus herzlich willkommen geheißen."

Ähnliche äußerte sich am selben Tage "Zycie Warszawy":

"Manche westlichen Blätter haben es für richtig gehalten, diesen Besuch als einen Keil zu bezeichnen, der zwischen Polen und die Sowjetunion geschoben worden sei. Diese Stimmen sind schädlich und stützen sich nicht auf Tatsachen. Bündnis und Freundschaft mit der Sowjetunion stehen

einer Besserung der Beziehungen zu Staaten mit anderem Gesellschaftssystem nicht im Wege."

"Manche Kommentatoren wieder versuchten im Zusammenhang des herzlichen Empfanges NIXONs in Warschau, die polnische Regierung in einen Gegensatz zum polnischen Volk zu stellen. Tatsache aber ist, daß der Vizepräsident Nixon sowohl durch die Sympathiebeweise, die ihm die Warschauer gaben, beeindruckt war, wie er auch die Gastfreundschaft der offiziellen polnischen Stellen mehrmals betonte."

Um jeden Verdacht der anrüchigen Amerikafreundlichkeit von sich zu weisen, veröffentlichte "Trybuna Ludu" am 9. August einen "Leserbrief", in dem es schlicht hieß, die Polen seien nun mal gastfreundlich und empfingen jeden eingeladenen Gast...

3) Auschnitt aus den polnisch-amerikanischen Unterhaltungen

Die Atmosphäre des Besuches und der Unterhaltungen zwischen Polen und Amerikanern spiegelt ein kleiner Ausschnitt aus der Unterhaltung wider, die der polnische Ministerpräsident CYRANKIEWICZ mit dem Mitglied der amerikanischen Delegation während eines Empfanges in der amerikanischen Botschaft hatte. Vizeadmiral RICKOVER, einer der Schöpfer des atomgetriebenen U-Bootes, wurde in der Umgebung von Warschau geboren.
Als Admiral RICKOVER darauf hinwies, daß das polnische Volk viel erleiden mußte, erwiderte der Ministerpräsident: "Diesmal geht es aber nicht nur um das polnische Volk allein vielmehr um die gesamte Zivilisation."

RICKOVER: "Ja, die Radioaktivität kennt keine Grenzen."

CYRANKIEWICZ: "Auf diesem Gebiet entscheiden vor allem die USA und die SU."

RICKOVER: "Das polnische Volk kann hierbei viel helfen."

CYRANKIEWICZ: "Natürlich, wir wollen auch helfen und tun alles, um das Unsrige beizutragen."

RICKOVER: "Wenn es einen Krieg gäbe, würde dem polnischen Volk wie auch den anderen Völkern großes Leid widerfahren."

CYRANKIEWICZ: "Was das polnische Volk anbelangt, so sind seine Kriegserfahrungen zu unserem Leidwesen beispiellos. Wir wollen nicht noch mehr derartige Erfahrungen... Wir freuen uns, daß Sie, Herr Admiral, in Polen geboren sind."

RICKOVER: "Wir haben miteinander also viel Gemeinsames."

CYRANKIEWICZ: "Ich bin der Meinung, daß alle Menschen, die auf dem Erdball geboren sind, miteinander immer mehr Gemeinsames haben werden.

RICKOVER: "Heute kann niemand einen Krieg gewinnen."

CYRANKIEWICZ: "Früher sagte man 'Wehe dem Besiegten.' Jetzt müsste es heißen 'Wehe dem Besiegten und dem Sieger.'" Dieser Schluß drängt sich von selbst auf. Ich wünsche Ihnen, Herr Admiral, daß Ihre Arbeit in höchstmöglichem Maße dazu beitragen möge, daß alle die entsprechenden Lehren ziehen. Wie ich sehe und ihren Worten entnehmen kann, ist eben dies Ihr Bestreben."

RICKOVER: "Ich weiß vielleicht mehr als andere Menschen von der Tragödie, die die Ratioaktivität für die Menschheit bedeutet."

CYRANKIEWICZ: "Die höchste Verantwortung ruht jetzt auf den Großmächten. Und auf denen, die mehr wissen als die anderen."

RICKOVER: "Präsident Eisenhower weiß ebenfalls sehr wohl, was ein Krieg bedeutet, eben deshalb bemühen wir uns um die Erhaltung des Friedens."

CYRANKIEWICZ: "Von diesem Bestreben Präsident Eisenhowers sind wir überzeugt."

RICKOVER: "Wir waren alle tief gerührt durch den Empfang, den uns das polnische Volk bereitet hat."

CYRANKIEWI CZ: "Das freut uns sehr, und wenn Sie nach dem Besuch größere Freunde des polnischen Volkes werden sollten, dann wäre das sehr gut."

RICKOVER: "Je besser man das polnische Volk kennt, desto mehr mag man es."

CYRANKIEWICZ: "Überhaupt, wenn die Menschen sich gegenseitig besser kennen, lieben sie sich auch mehr. Auf diese Weise beseitigt man das Mißtrauen zwischen den Völkern."

Diese Fragmente der Unterhaltung erschienen in "Trybuna Ludu" vom 5. August. Am Ende des Berichtes erwähnt man eine kurze Unterhaltung des polnischen Premiers mit einem westdeutschen Journalisten (Ministerpräsident CYRANKIEWICZ bei der Beantwortung von Fragen des Korrespondenten der westdeutschen "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Dr. Hans-Jakob STEHLE).

Auf Dr. STEHLEs Behauptung, auch die Regierungskreise der Deutschen Bundesrepulbik würden den Frieden wünschen, erwidert der Ministerpräsident:

"Ich habe aber gehört, daß einige Ihrer Mitarbeiter, so Herr Oberländer, gegen unser Land rüsten. Jedenfalls sprechen sie davon. Einige behaupten, die Bundesrepublik will keine Grenzkorrektur durch Gewaltanwendung. Dann aber müßte sie unsere Grenzen anerkennen, da man ja diese nicht anders ändern kann als durch Gewalt."

4) Interparlamentarische Union und die deutsche Delegation

Seit mehreren Monaten benutzt Warschau jeden Anlaß, um das deutsche Problem bei internationalen Gesprächen in den Vordergrund zu stellen. Dies entspricht zum Teil einer echten Besorgnis der Polen vor der Ausrüstung mit Atomwaffen usw. Aber ebenso sicher ist auch, daß die Hervorhebung der "aktuellen und potentiellen deutschen Gefahr" durch Warschau ein Teil der großangelegten sowjetischen Offensive ist, in die Polen durch CHRUSCHTSCHOW eingespannt wurde.

Dabei kommt es immer wieder vor, daß der Westen Warschau Argumente liefert, die in das nicht immer objektive Bild der polnischen Propaganda sehr gut passen. So war es mit der Zusammenstellung der westdeutschen Delegation zur Konferenz der Interparlamentarischen Union in Warschau. Die Sache wurde in der deutschen Presse ausreichend besprochen und in den meisten Fällen einer berechtigten Kritik unterzogen. Hier wollen wir darstellen, wie sie im Spiegel der polnischen Presse aussah.

Bezeichnend ist, daß man darauf verzichtet hat, die amtliche "Trybuna Ludu" in die Sache einzuschalten. Vielmehr benutzte man dazu ein angesehenes Warschauer Blatt, "Zycie Warszawy", das immer für die Aktionen benutzt wird, denen man nicht den offiziellen Stempel geben will.

Unter dem ironischen Titel: "Ein Gruß aus Bonn" schrieb das Blatt am 15.8.:

> "Selbstverständlich sind alle Parlamente, die an den Arbeiten der Interparlamentarischen Union teilnehmen, berechtigt, die Zusammensetzung der Delegation so vorzunehmen, wie sie es für richtig halten...
> Wir sehen aber, daß die parlamentarische Fraktion Kanzler Adenauers nach Warschau offene und unerbittliche Revisionisten schickt. Und das in einer Zeit, als man bei allen Alliierten des II. Weltkrieges an den XX. Jahrestag seines Ausbruches besonders denken wird...
> Hier handelt es sich um mehr, als nur um Bonner Taktgefühl. Diese Zusammenstellung der Delegation des Bundestages beweist noch einmal, daß unsere Befürchtungen um den aggressiven Charakter der Bonner Politik und ihre aggressiven Ziele begründet und absolut berechtigt sind. Anders kann man die Teilnahme der Revanchisten in der Delegation nicht kommentieren."

Noch viel schärfer war der Kommentar einer Zeitung der sog. "progressiven Katholiken" aus der Pax-Gruppe - "Slowe Powszechne". Wir möchten hier in diesem Zusammenhang erinnern, daß die Pax-Gruppe während des "polnischen Oktobers" und danach eine pro-stalinistische Haltung zeigte und daß auch

dementsprechend die Beziehungen mit GOMULKA sehr kühl waren. In den letzten Monaten hat sich das aber geändert. "Pax" gewinnt wieder an Einfluß und die Tatsache, daß sein Presseorgan zu "delikaten" Missionen benutzt wird, bestätigt das.

Am 15. August erschien in "Slowo Powszechne" ein Artikel unter dem bezeichnenden Artikel "Provokation". Dort heißt es:

"Das polnische Volk konnte sich leider über die guten Absichten der westdeutschen regierenden Kreise keine Illusionen machen. Aber die Zusammenstellung der Delegation zu einer Konferenz, die doch der Verständigung zwischen den Völkern dienen soll, und in der sich Menschen von solchem Format wie etwa Carlo Schmid hätten finden können, hat einen wirklich eindeutigen Charakter. Gleichzeit wird die traditionelle Gastfreundlichkeit der Polen einer schweren Belastungsprobe unterzogen. So kann die polnische Offentlichkeit diese Sachen nur mit einem Wort bezeichnen: Provokation."

Eine Woche später, am 23. August, kommt "Zycie Warszawy" noch einmal auf die Sache zurück. Inzwischen hatte die CDU beschlossen, nur einen Beobachter nach Warschau zu schicken. Das Blatt verwahrte sich dagegen, die polnische Kampagne sei dafür verantwortlich, daß die CDU-Delegation nicht komplett erscheinen werde:

"Es gab bei uns keine Pressekampagne; lediglich drei Zeitungen haben ihre kritischen Bemerkungen gegenüber der vorgeschlagenen Zusammenstellung der Delegation zum Ausdruck gebracht."

Das Blatt weist darauf hin, daß dieselbe Kritik auch in der Bundesrepublik geübt wurde. Das Blatt schreibt weiter:

"Und noch etwas: Die SPD hat in ihrem Pressebulletin und in der Erklärung ihres Sprechers viele kritische Worte für das Verhalten der CDU gefunden, der Mangel an Takt, politischem Instinkt und die Verstrickung in eigenen Fehlern vorgeworfen wurde...

Gleichzeitig aber - wohl um das Gleichgewicht wieder herzustellen - wirft die SPD der polnischen Presse vor, sie werfe alle Umsiedler in einen Topf und schimpfe sie alle Revisionisten, obwohl ein großer Teil dieser Menschen sich den neuen Verhältnissen vollkommen angepaßt habe und mit dem Revisionismus oder Revanchismus nichts Gemeinsames mehr hat. Diese Kampagne der SPD beruht auf einem Mißverständnis. Wir haben alle drei Artikel gelesen, die in der polnischen Presse erschienen sind und sich mit der Frage der Zusammensetzung der Bundesdelegation befaßten. In keinem dieser Artikel hat man festgestellt,

daß alle Umsiedler Revisionisten seien. Ganz gewiß sind wir nicht dieser Meinung. Die mehrmaligen Äußerungen der SPD, die sich nicht auf autentisches polnisches Material stützen, sondern wahrscheinlich auf irrige Informationen einer ausländischen Presseagentur zurückgehen, sind ein krasses Mißverständnis."

5) Ansprache RAPACKIs vor den Parlamentariern

Vor den Teilnehmern der Konferenz der Interparlamentarischen Union in Warschau sprach am 28. August der polnische Außenminister RAPACKI. Wiebei fast allen außenpolitischen Äußerungen der offiziellen Warschauer Stellen zu internationalen Problemen stand die deutsche Frage als Kernpunkt in der RAPACKI-Rede. Auffallend war nur, daß der polnische Außenminister sich offensichtlich bemühte, in einem viel mäßigeren Ton zu sprechen als andere Warschauer Politiker. U.a. stellte RAPACKI in seiner Rede fest:

"Weder Ziffern noch Worte vermögen eine Vorstellung davon zu vermitteln, was das tägliche Leben, die tägliche Qual und der tägliche Tod den Menschen dieses Landes in den langen Jahren des zweiten Weltkrieges waren. Und wohl nirgends hat man den Sinn der Begriffe 'Krieg' und 'Gewalt' so tiefgehend, bis auf den Grund kennenlernen können wie hier in Polen, wie in diesem Teil Europas. Das polnische Volk hat aus seinen geschichtlichen Erfahrungen gelernt. Eben als sozialistisches Land und als Mitglied der sozialistischen Ländergemeinschaft vermag Polen nach Maß seiner Kräfte zur Entspannung in den internationalen Beziehungen, zur konstruktiven Koexistenz und der Gewährleistung eines dauerhaften Friedens eine positive Rolle zu spielen.
Die maßgebende Rolle fällt hier den Großmächten zu, doch auch die kleineren Staaten können nicht wenig tun, indem sie ihre historisch entstandenen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu anderen Ländern zugunsten einer internationalen Zusammenarbeit nutzbar machen.

Für uns Polen, für die Zukunft in Polen, für einen erfolgreichen Ausgang all dessen, was wir seit der Befreiung und in den letzten Jahren unternommen haben, ist das Problem der Entspannung in den internationalen Beziehungen, das Problem der friedlichen Koexistenz und das Problem der Beseitigung der Kriegsgefahr das Hauptanliegen. In dieser Beziehung fallen die lebenswichtigsten Interessen unserer Nation mit den lebenswichtigsten Interessen aller Nationen zusammen. Dies, meine Damen und Herren, ist der Ausgangspunkt der neuen Außenpolitik.

Ein Wettbewerb beider bestehenden Gesellschaftssysteme ist unausbleiblich. Er ist unausgleiblich und gleichsam fortschrittlich.

Es geht darum, daß dieser Wettbewerb auf dem Wege einer friedlichen Rivalität entschieden werden muß und nicht durch Krieg. Die zentrale Frage der internationalen Diskussion lautet derzeitig nicht, welches System das bessere ist oder auch, welches System das schlechtere ist, vielmehr, wie man trotz der unterschiedlichen Systeme in Frieden leben kann.

Wenn wir in Polen von der Deutschland-Frage sprechen und dabei oft auf die jüngste, tragische Vergangenheit zurückkommen, dann gewiß nicht in der Absicht, die kaum vernarbten Wunden unseres und anderer Völker aufzureißen, sondern deshalb, um aus diesen bittersten Erfahrungen Lehren für die Zukunft zu ziehen.
Und wir ziehen aus ihnen diese grundlegende Lehre: Wir wollen, daß sich das Verhältnis Polens zum ganzen deutschen Volk endlich nach den Prinzipien der Sicherheit und gutnachbarlichen Zusammenarbeit gestaltet.
Die gleiche Lehre aus den Erfahrungen der Vergangenheit hat die DDR gezogen, mit der sich sowohl auf dieser als auch auf einer noch breiteren Ebene unsere Beziehungen der Freundschaft und der Zusammenarbeit entfaltet haben.
Wir wissen, daß es auch in der deutschen Bundesrepublik Kreise gibt, die infolge der so bitteren Erfahrungen, die auch das deutsche Volk gemacht hat, wahrhaft friedliche Beziehungen zu Polen und den anderen Nachbarn Deutschlands wünschen. Wir erkennen diese Bestrebungen und wissen sie zu würdigen. Leider denken durchaus nicht alle so und nicht diejenigen, die sich des größten Einflußes erfreuen.

Die Grenze an der Oder und Neiße ist eine unabwendbare Tatsache. Und die ist auch genügend gesichert. Die Kräfte aber in der Deutschen Bundesrepublik, die gegenwärtig gegen diese Grenze eine so großangelegte Kampagne entfalten, stellen eine Behinderung auf dem Wege zur internationalen Entspannung dar. Vor diesem Hintergrund ist die Bedrohungdurch die Ausrüstung der westdeutschen Armee mit atomaren Waffen um so unheilvoller, Darum erheben wir so entschlossen unsere Warnstimme vor diesen Kräften und diesen Schritten, die nicht nur für uns allein eine Gefahr bedeuten, sondern für den Frieden, für alle Völker Europas und das deutsche Volk selbst."

6) Vor einer neuen Säuberung in der Partei?

Am 1. August gab die parteiamtliche "Trybuna Ludu" bekannt, daß die inzwischen 10 Jahre alt gewordenen Parteiausweise ausgetauscht werden sollen. Die Aktion des Umtausches beginnt am 1. Oktober und wird sich über drei Monate erstrecken.

In diesem Zusammenhang - so schreibt das Blatt - wird man die Gelegenheit wahrnehmen müssen, um festzustellen, ob der Besitzer des Parteibuches die ihm von der Partei auferlegten Pflichten erfüllt und täglich nach den Richtlinien des Parteistatuts handelt.

Es ist nicht lange her, daß eine Parteisäuberung unter dem Namen "Mitgliederüberprüfung" durchgeführt wurde. Das Blatt erinnert daran und schreibt:

> "Trotz der durchgeführten Überprüfung gibt es noch zahlreiche Genossen, die die ihnen anvertrauten Aufgaben nicht erfüllen, ihre Pflichten und die Parteidisziplin vernachlässigen und notorisch passiv sind."

Auch die hartnäckigen Nichtzahler der Parteibeiträge sollen beim Umtausch der Parteibücher festgestellt werden.

Alle Erwähnten setzen sich der Gefahr aus, aus den Parteilisten gestrichen zu werden.
Die Ausstellung neuer Parteibücher soll auch dazubenutzt werden, die in heillose Unordnung geratenen Unterlagen der Parteimitglieder endlich wieder zu ordnen, damit man wieder über zuverlässige Statistiken verfügen kann.

II. Wirtschaft

1) Landwirtschaftliche Zirkel

Die neue Patentlösung in der Landwirtschaftspolitik Warschaus - die landwirtschaftlichen Zirkel - sind in den letzten Wochen Gegenstand einer in der Presse geführten Diskussion gewesen. Das II. Plenum des ZK hat nur in sehr allgemeinen Worten die Aufgaben und die Struktur dieser Zirkel umrissen. Die jetzige Diskussion soll dazu werhelfen, dem Wunschgebilde GOMULKAs eine konkrete Form zu geben.

Am 2. August veröffentlichte die Presse einen vorläufigen Entwurf des Statuts eines Zirkels. Dort heißt es u.a.:

> "Der landwirtschaftliche Zirkel ist eine freiwillige, allgemeine, sozialwirtschaftliche Bauernorganisation. In ihm werden Bauern zusammengefaßt zwecks Erhöhung und Vervollkommnung der landwirtschaftlichen Produktion durch die Koordinierung der individuellen Anstrengungen mit gegenseitiger Hilfe und Kooperation. Der landwirtschaftliche Zirkel verfügt über eigene Mittel und Mittel aus dem Fond zur Entwicklung der Landwirtschaft. Diese Mittel sind unteilbares Gemeineigentum..."

Das Ziel der landwirtschaftlichen Zirkel ist, durch gemeinsame Nutzen und Beschaffung von Maschinen die Produktivität der Einzelhöfe zu steigern und die Einzelbauern an die Formen der kollektiven Arbeit zu gewöhnen. Die Zirkel sollen eine Vorbereitung der Sozialisierung der Landwirtschaft sein, die als Fernziel nach wie vor besteht.
Um diese Ziele zu erreichen, werden die Zirkel Traktoren und größere landwirtschaftliche Maschinen kaufen, Saatgutwirtschaft organisieren und Melliorationsarbeiten durchführen. Darüberhinaus sollen die Zirkel den Boden, den sie aus staatlichem Fonds bekommen haben, kollektiv bestellen.

Der letzte Punkt ist ein Novum. Bis jetzt wurde nur davon gesprochen, daß die Zirkel bei Bestellung der Einzlhöfe kollektiv helfend mitwirken werden. Am 26. August brachte "Trybuna Ludu" zum ersten Male die Nachricht, daß die landwirtschaftlichen Zirkel aus staatlichen Fonds 300.000 ha als Nutznießer bekommen sollen. Das soll noch in diesem Jahr erfolgen. Später könnten die Zirkel noch weiter 300.000 ha. bekommen.

Infolge dieses Beschlusses entsteht ein ganz neues Bild. Die Zirkel werden also zu einer Kombination von Kolchosen und den Maschinenkooperativen, in denen Einzelbauern organisiert sind.

In dem Statutenentwurf wird auch zum ersten Male die Abhängigkeit der Zirkel von den örtlichen Behörden der allgemeinen Verwaltung betont. Es heißt, daß die Zirkel mit den Gemeinderäten die Investitionspläne und die allgemeine Richtung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit absprechen und den Räten Bericht erstatten über die Erfüllung der ihnen vom Staat auferlegten Funktionen. Mitglied des Zirkels kann jeder Eigentümer oder Nutznießer eines Bauernhofes sein. Ebenfalls können dem Zirkel volljährige Familienmitglieder und jede andere Person, deren Tätigkeitsbereich mit der Landwirtschaft verbunden ist, angehören. Die Mitglieder können die zirkeleigenen Traktoren und Maschinen vor den Nichtmitgliedern bevorzugt benutzen.

Das Vermögen der landwirtschaftlichen Zirkel entsteht aus den Beiträgen der Mitglieder und den Einnahmen aus eigener wirtschaftlicher Tätigkeit (Vermietung von Maschinen, Unterhaltung von Produktionsbetrieben wie z.B. Ziegelei usw.) und aus den Geldern des Fonds zur Entwicklung der Landwirtschaft. Die Beiträge der Mitglieder sind proportionell zur Größe ihrer Höfe.

Der Fonds zur Entwicklung der Landwirtschaft entsteht aus der Differenz zwischen den Preisen, die der Staat für die landwirtschaftlichen Produkte zahlt und den Freimarktpreisen. In diesem Jahr werden die durch dieAblieferung von Getreide und Kartoffeln erzielten Preisdifferenzen zugunsten des Fonds verrechnet. In den nächsten Jahren wird man dabei auch die Pflichtablieferungen von Schlachttieren berücksichtigen.

Die Einzahlungen werden die Hauptgrundlage des Vermögens der Zirkel bilden und ihnen in erster Linie den Ankauf von Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen ermöglichen. Diese staatlichen Subventionen werden nur denjenigen Zirkeln gewährt, die über eigene Mittel (Beiträge und Nutzungsgebühren usw). verfügen. Beim Ankauf von Maschinen müssen die Zirkel 25 % ihres Wertes aus eigenen Mitteln bezahlen. Für die Zirkel in den Westgebieten wurde diese Grenze auf 15 % herabgesetzt.

2) Hauptrichtungen der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1960

Laut Angaben des stellvertretenden Leiters der staatlichen Planungskommission Adam WANG, (veröffentlicht am 2. August in der Presse) soll die industrielle Produktion im Jahre 1960 etwa um 8,6 % anwachsen. Für das laufende Jahr plant man eine geringere Erhöhung, und zwar um 7 %. Allerdings wird diese Quote sicherlich überschritten. Die Produktion der Gebrauchsgüter soll schneller anwachsen (8,9 %) als die der Produktionsmittel (8,3 %). Am schnellsten soll die Produktion der chemischen (12,6 %) und der Schwerindustrie (11,3 %) wachsen

Unter den Erzeugnissen der Schwerindustrie ist die größte Wachstumsrate für die Produktion von Maschinen und industriellen Ausrüstungen (16 %) vorgesehen. In der Landwirtschaft will man eine Erhöhung der Produktion um 3,8 % erreichen, also mehr als in diesem Jahr. Man verbindet hier große Hoffnungen mit der Tatsache, daß man im kommenden Jahr die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Zirkel steigern wird. Die Zahl der Traktoren, landwirtschaftlichen Maschinen und Ausrüstungen soll im nächsten Jahr um 55,2 % wachsen.

Man hofft auch, daß die Zahlungsbilanz des Außenhandels zu einem Ausgleich gebracht wird, und daß man eine Devisenreserve schaffen wird, die in erster Linie zur Steigerung des Imports von Futtergetreide und modernsten industriellen Ausrüstungen gebraucht wird.

3) Probleme des polnischen Exports

Polen steht vor der Notwendigkeit, seinen Export vollständig umzustellen - das betonen Fachzeitschriften, Presse, Rundfunk usw. schon seit fast zwei Jahren. Die traditionellen Positionen im polnischen Export wie Steinkohle, industrielle Rohstoffe und Halbprodukte sowie unverarbeitete Früchte der Landwirtschaft weichen immer mehr den fertigen Erzeugnissen der Industrie. Den größten Wert legt man in Polen auf die Exportsteigerung von Maschinen und industriellen Ausrüstungen. So schreibt "Zycie Warszawy" am 1. August:

"Bei unseren Außenhandelszentralen überwiegt immer mehr die Ansicht, daß die Basis unseres Handelsaustausches mit den westeuropäischen Ländern viel zu eng ist, obwohl der Kohleexport planmässig verläuft. Die wichtigste Aufgabe, die vor uns steht, wird also die Erweiterung der Warenliste um neue Positionen sein. Wir denken in erster Linie an solche Positionen, die einen dauerhaften Wert haben, un den Schwankungen der Weltkonjunktur weniger unterliegen. Zu solchen Erzeugnissen gehören Maschinen und industrielle Ausrüstungen."

Im September beteiligt sich Polen an zahlreichen internationalen Handelsmessen, so u.a. in Izmir, Leipzig, Agram, Wien und Saloniki.

"Über-all dort"- berichtet "Trybuna Ludu" am 13. August - "wollen wir in erster Linie Maschinen, industrielle Ausrüstungen und Transportmittel anbieten, also die Gruppe von Waren, die in unserem Export eine immer wichtigere Rolle spielt..."

"Eine immer wichtigere Rolle" - schreibt "Zycie Warszawy" am 29. August - "spielt auch die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit Ländern, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückstehen."

Als Illustration melden die polnischen Zeitungen im August u.a. die bevorstehende Lieferung kompletter industrieller Objekte an Ghana (darunter Hochofen, Glühlampenfabrik, Fabrik von Radioapparaten) und die Lieferung von vier kleinen Schiffswerften an Indonesien.

Die schon zitierte "Zycie Warszawy" vom 29. August bringt auch einen Artikel über Polen und die europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Der Artikel ist als Antwort auf einen im Juliheft des westdeutschen Handelsblattes erschienenen Beitrag über die europäischen Volksrepubliken gedacht.
Das polnische Blatt informiert, daß 60 % der polnischen Außenhandelsumsätze auf die Länder des "sozialistischen Lagers" entfallen, während 11 bis 12 % dieser Umsätze mit Ländern des gemeinsamen Marktes getätigt werden. Der polnische Import aus den Ländern des "gemeinsamen Marktes" beträgt 30 % der gesamten Einfuhr aus "kapitalistischen Ländern". Für den Export beträgt diese Zahl 26 %.

> "Dies ist eine ernste Angelegenheit und wir müssen gründlich und ernsthaft überlegen, welchen Einfluß die Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf das Ausmaß des Außenhandels der zu ihr gehörenden Länder mit Polen haben wird."

Das polnische Blatt befürchtet, daß die wirtschaftliche Integration Westeuropas sich ungeünstig auf den Außenhandel mit Polen auswirken wird.

> "Außer Italien haben alle Länder der Gemeinschaft Sorgen wegen der Überschüsse in der Kohleproduktion. Und dabei bildet Kohle fast die Hälfte des Wertes unseres Exports an diese Länder...
> Etwa 30 % des Wertes unseres Exportes an die Länder der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bilden landwirtschaftliche Erzeugnisse und veredelte Lebensmittel. Indessen ist eines der erklärten Ziele der Gemeinschaft eine Autarkie auf diesem Gebiet...
> Unsere Handelspartner aus der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft müssen sich darüber im klaren sein, daß, wenn sie den Verkauf unserer Produkte auf ihrem Markt unmöglich machen, sie damit gleichzeitig ihren Zutritt zum polnischen Markt abschneiden. So weit aber unsere Informationen stimmen, möchten sie gerne nach Polen exportieren...
> Im Außenhandel gilt aber das Prinzip der Gegenseitigkeit. Polen hat sich schon aus gewissen Import-Transaktionen mit der Bundesrepublik zurückgezogen und hat die Bestellung in Großbritannien lokalisiert, weil dieses Land mehr Verständnis für die Tatsache aufwies, daß, wer verkaufen will, auch kaufen wollen muß."

III. Soziale und kulturelle Probleme

1) Fehlschläge in der Volksbildungspolitik

"Wenn die Leitung der Partei und der Regierung beschließt: Wir werden so und soviel Dörfer elektrifizieren, solche Fabriken fertigstellen, neue Städte wie Tychy oder Nowa Huta bauen, die Förderung von Kohle oder Erzen auf dieses Niveau steigern - so ist es sicher, daß diese Aufgabe vielleicht nicht immer fehlerlos, aber immerhin erfüllt wird...
Wenn aber die Leitung der Partei und Regierung feststellt: Alle Werktätigen müssen mindestens Grundschulbildung besitzen, wenn sie erklärt, daß es eine Bedingung bei beruflicher Beförderung sein muß, allen Arbeitern, die Schulkurse für Erwachsene absolvieren, Erleichterungen und Hilfe zu gewähren und, daß die Schulen für Erwachsene den besonderen Umständen angepaßt werden sollen - so treffen diese Beschlüsse auf eine glatte Wand von Passivität und Gleichgültigkeit und fast alles bleibt beim alten."

Mit diesen Worten stellt das Parteiorgan "Trybuna Ludu" am 2. August das Unvermögen der Parteipolitik fest, ihre Ziele auf dem Gebiet der Volksbildung durchzusetzen. Das Blatt beschwert sich über eine "verblüffende" Toleranz gegenüber der Schädlingstätigkeit auf kulturellem Gebiet." 1,5 bis 2 Millionen Industrie- und Landwirtschaftsarbeiter besitzen keine Grundschulbildung. Nur 90.000 von ihnen besuchen Erwachsenenschulen.

Die Direktionen und Betriebsräte in den Fabriken sehen diesem Zustand untätig zu oder sabotieren gar die Richtlinien von Partei und Regierung. So ist es in den Großstädten und großen Betrieben. Auf dem Lande, in den Staatsfarmen und MTS sieht es noch schlimmer aus.

Die Unlust der erwachsenen Arbeiter, ihre Schulbildung zu ergänzen ist nur zum Teil durch die falsche Politik der stalinistischen Periode verschuldet. Damals hat man die Lohnskala nicht den beruflichen Qualifikationen, der langjährigen Berufserfahrung oder den fachlichen Kenntnissen angepaßt. Inzwischen hat man aber von oben diesen Zustand zu ändern versucht. Der Erfolg bleibt aus, weil die wirtschaftliche Verwaltung nur an die Produktion und die Planerfüllung und die damit verbundene Prämie denkt. Ein Arbeiter, der eine Schule besucht, kann nicht immer voll eingesetzt werden, und so werden solche wissensdurstigen Menschen von den Direktionen und auch Gewerkschaftsfunktionären oft nicht gerne gesehen. Auch die Programme der Erwachsenenschulen sind den besonderen Erfordernissen nicht ausreichend angepaßt. Erwachsene Menschen müssen Kinderlehrbücher benutzen, und die Lehrer vergessen allzu leicht, daß sie es mit Erwachsenen zu tun haben.

So werden auch die Lernwilligen oft unmutig. Der Staat wird noch zahlreiche Anstrengungen machen müssen, um den jetzigen Stand der Dinge zu ändern. Das Blatt klagt, daß die ganze wirtschaftliche und technische Entwicklung Polens in der Zukunft auf dem Spiele steht. Es sind keine Fortschritte zu erwarten, wenn man dieses Problem nicht zu lösen vermag.

2) Kindersegen wird nicht mehr als Segen empfunden

Die Zeiten sind vorbei, in denen man stolz auf den Geburtenüberschuß hinwies, der der größte in Europa war (mit Ausnahme Albaniens). Der "baby-boom", den man als willkommenen Ausgleich der schrecklichen Kriegsverluste betrachtet hat, wird jetzt immer mehr als ein Bremsschuh in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes empfunden.

Der Wendepunkt war auch hier der Oktober 1956. Zu STALINs Zeiten durfte man in Polen nicht einmal Antikonzeptionsmittel produzieren. Mit Genugtuung stellt die Presse fest, daß die Zahlen des Geburtenüberschusses eine sinkende Tendenz aufweisen. In den Jahren 1950/55 kamen sie dicht an die Grenze der 20 promille, im vorigen Jahr gab es noch 18,8 promille. Im I. Quartal 1959 - aber nur 16,6. Die niedrigsten Zahlen weisen die Städte Warschau (8,4) und Lodz (7,7) auf. Die größten - die polnischen Westgebiete; sie schwanken zwischen 23 und 28 promille.

Wie sehr sich der "Kindersegen" bremsend nicht nur auf die Verbesserung des Lebensstandards, sondern auch auf die weitsichtige Planung auswirkt, darüber liefert "Zycie Warszawy" vom 2. August ein interessantes Beispiel:

"Es ist kein Zufall, daß in Polen - im Gegensatz nicht nur zu der UdSSR und USA, sondern auch zur DDR und CSR - so wenig über die Automation der Produktion gesprochen wird, die doch die größte Produktivität verspricht. In dem Perspektivplan für 1961 bis 1975 wird diese Frage nur ein paar Mal nebenbei erwähnt. Spielt der 'demographische Druck' hier nicht eine entscheidende Rolle? Grundprinzip unserer Wirtschaftspolitik ist die Vollbeschäftigung. Wir können uns konventionelle Investierungen leisten, bei denen die Schaffung eines Arbeitsplatzes in der Industrie etwa 5.000 Dollar beträgt. Bei der Automation sind solche Investierungen 5 bis 15 mal teurer. Die Folge wird sein, daß wir wieder am Ende des europäischen Fortschrittes hinken werden und alles verlieren, was wir in den letzten Jahren aufgeholt haben. Wir wissen nicht, ob solche Perspektiven katastrophal sind oder nicht. Zweifellos muß jedoch seitens der Regierung und der Bevölkerung selbst eine Aktion unternommen werden, mit dem Ziel, diesen 'baby-boom' zu bremsen. Unterlassen wird das, so beschweren wir uns nicht, wenn wir in Zukunft sagen müssen: Wir sind zwar fruchtbar aber ... arm."